

ORIENTIERUNG

Katholische Blätter für weltanschauliche Information

Erscheint zweimal monatlich

Nr. 20

13. Jahrgang der «Apologetischen Blätter»

Zürich, den 31. Oktober 1949

INHALT: Zur Situation des demokratischen Sozialismus: In Erwartung der sozialistischen Machtergreifung in Europa unter dem Einfluss der Sowjetunion — Sozialismus als historische Notwendigkeit — «Sozialistisches Zeitalter» — Nötigung zum Kampf für Freiheit und Demokratie — Enttäuschungen — Der aufgezwungene Kampf — Dilemma und Krise.

Was wird aus der Evangelischen Kirche in Deutschland?: Aeussere Entwicklungslinien — Der Protest der Freisinnigen — Der Siegeszug der Vereinigten lutherischen Kirchen — Nach der Synode von Bethel.

Freie und gelenkte Wirtschaft: Staatliche Eingriffe ins Wirtschaftsleben vor dem Kriege und in der Nachkriegszeit — Im staatlichen Alltag — Staatliche Lenkung auch in «hochkapitalistischen» Ländern: Subventionen, Steuern, Kredite; Wie kann Freiheit der Wirtschaft gerettet werden? — Moderne Wirtschaftstheorien — Das soziale Problem als moralische Frage.

Ex Urbe et Orbe: Der Diktatur entgegen? — Um den Europarat.

Buchbesprechungen: Eberle — Willms — Hengstenberg.

Zur Situation des demokratischen Sozialismus

Ueber Sozialismus und Marxismus wird heute sehr viel geschrieben. Zu dieser Literatur gehören einmal die Auseinandersetzungen über den Bolschewismus und Sowjetkommunismus, der von Anhängern und Freunden verteidigt und von bürgerlichen und sozialistischen Gegnern verurteilt wird. — Daneben gibt es aber eine ebenfalls sehr breite Literatur über den Sozialismus und Marxismus im weitesten Sinne. Es handelt sich meistens um Zeitschriftendiskussionen, die aus dem Raume des demokratischen Sozialismus, der sozialdemokratischen Parteien, kommen, oder aus bürgerlichen und christlichen Lagern in diesen Raum hinein gerichtet sind. Es geht da um den Marxismus und seine Grundgedanken, um Sozialismus und Bolschewismus, um Sozialismus und Liberalismus, um Sozialismus und Christentum, um nur die grossen Diskussionsthemen zu nennen. Das Grundanliegen dabei ist die Frage nach der Erhaltung der individuellen Freiheitsrechte und der demokratischen Einrichtungen des Staates. Der demokratische Sozialist will beide erhalten wissen, daran ist kein Zweifel. Wird er unter Beibehaltung der sozialistischen Grundsätze und Tendenzen das aber auch können? Das ist die Frage.

Ueber diese sozialistischen Diskussionen soll in späteren Beiträgen dieser Blätter Bericht erstattet werden. Die vorliegende Arbeit will als Vorbereitung und zum besseren Verständnis der Auseinandersetzungen ein Gesamtbild von der gegenwärtigen Lage des demokratischen Sozialismus bieten.

I. In Erwartung der sozialistischen Machtergreifung in Europa unter dem Einfluss der Sowjetunion

Um die Zeit kurz vor und unmittelbar nach dem Ende des zweiten Weltkrieges erwarteten die sozialdemokratischen Parteien den Sieg des Sozialismus in Europa gleichsam als notwendiges Kriegsergebnis.

Sozialismus als «historische Notwendigkeit»

Im Aprilheft 1945 der «Roten Revue» erschien ein Artikel, der der damaligen Stimmung im Sozialismus in ausführlicher Breite Ausdruck verleiht. Unter dem Titel: «Europäischer Sozialismus» wird zu Anfang die Frage gestellt: «Wird der angelsächsische Kapitalismus nach dem Sieg über den Faschismus in Europa den Sozialismus in Europa verhindern können?» Darauf wird geantwortet: «Nach der militärischen Vernichtung des Nationalsozialismus werden sich in Europa, vor allem in Frankreich, Deutschland und Italien, radikale Regierungen bilden, die sogleich die Sozialisierung, also die Vergesellschaftung der Produktionsmittel vorerst in den grössten und technisch fortgeschrittensten Zweigen der Industrie, des Handels und der Finanz, in die Tat umsetzen werden. Dies werden die kapitalistischen Gegenkräfte der angelsächsischen Länder (USA und England) trotz ihres heissen Bemühens nicht verhindern können.» — Dann nennt der Verfasser in 13 Thesen eine Reihe Umstände, die ihm in ihrem Zusammenwirken den siegreichen Marsch des Sozialismus in Europa nach dem zweiten Weltkrieg als unaufhaltsam erscheinen lassen.

Es seien einige davon festgehalten: «Sowjetrussland wird die grösste militärische Macht in Europa darstellen.» — «Die Sowjetunion hat das grösste Interesse an der Gestaltung eines sozialistischen Europas.» — Die Angelsachsen, die für ihre Friedensproduktion dringend auch das russische Absatzgebiet bräuchten, könnten aus diesem Grunde die Freundschaft mit Russland nicht wegen Meinungsverschiedenheiten über die Gestaltung Europas verschmerzen. — «Durch amerikanische Lieferungen von Lebensmitteln wird die revolutionäre Gesinnung der europäischen Völker, vor allem in Frankreich, Deutschland und Italien, nicht beseitigt werden können.» — «Die Proletarier in den Ländern des europäischen Kontinentes werden sich im Falle eines Krieges

gegen die Sowjetunion auf die Seite der Sowjetunion stellen. Die grossen werktätigen Massen aller europäischen Länder sind in ihren Sympathien und mit ihrer Anerkennung ganz auf Seiten der Sowjetunion. Sie bewundern die Leistungen dieser grossen sozialistischen Republik. Sie wissen, ohne Russlands Stärke hätten sie vom faschistischen Joch nicht befreit werden können. Sie sehen, dass sich das russische System bewährt hat. Sie werden sich selbst solche Regierungen wählen, die ein radikales sozialistisches Programm aufstellen.» — «Die ökonomischen Verhältnisse sind schon längst reif, ja überreif, für den Aufbau der sozialistischen Gesellschaftsordnung in Europa, vor allem in Frankreich, Deutschland, Oesterreich und Italien... Unaufhaltsam ist das Vordringen des sozialistischen Gedankens, theoretisch und praktisch, und überall muss der Kapitalismus schliesslich weichen, in Amerika später, in Europa früher. Aber nie kann die Situation hierfür in Europa günstiger sein, als jetzt nach dem zweiten Weltkrieg. Das Bürgertum ist jetzt an die Wand gedrückt.» — «Würde wie 1918 die Machtergreifung durch das Proletariat wieder hinausgeschoben werden, so würde dies nicht nur für die Sowjetunion, sondern auch für das ganze europäische Proletariat eine wesentliche Verschlechterung der Kampfbedingungen bedeuten.» — «Muss die Auseinandersetzung zwischen Sozialismus und Kapitalismus in Europa, die zwangsläufig ist, zu einem neuen Krieg führen? Diese Frage ist nach all dem Vorhergesagten mit Entschiedenheit zu verneinen... Es wird mancherorts auf eine Gewaltprobe ankommen müssen... Aber diese Kämpfe, die nicht blutig sein müssen, werden innerhalb der betroffenen Länder, also innerpolitisch ausgetragen werden können... Trotz des siegreichen Vormarsches des revolutionären Sozialismus in Europa wird das friedliche Nebeneinander zwischen der Sowjetunion und den Angloamerikanern im Sinne der Pläne von Teheran ungestört bleiben können!» — Mit dieser Erwartung schliesst der Artikel.

Wie liest sich ein solcher Text heute! Aber vor vier Jahren wurde das offiziell publiziert nicht als kommunistische, sondern als sozialistische Gesinnung und Haltung. Im Vertrauen auf die ökonomischen und psychologischen Auswirkungen des Krieges und unter dem Mythos der Sowjetunion erwarteten die Sozialdemokraten den revolutionären Sozialismus, und zwar als «historische Notwendigkeit».

«Sozialistisches Zeitalter»

Und um das voll zu erfassen, muss man sich noch an einige «Stimmungen» zurückerinnern, die damals 1944 und 1945 nicht nur in sozialistischen, sondern auch in bürgerlichen Kreisen sehr wohl daheim waren.

Die Sowjetunion war Siegerstaat und gehörte zu den Grossen Drei (USA, England, Sowjetunion). Die kommunistische Sowjetunion hatte Anzeichen einer «demokratischen» Umwandlung gegeben, worunter der Beitritt zur Atlantikcharta, der Friedensschluss mit der orthodoxen Kirche, die feierliche Versicherung auf Verzicht von Weltrevolutionsplänen, die Aufhebung der kommunistischen Internationale zu rechnen sind. In New York hatte der Kommunistenführer Earl Browder den Burgfrieden zwischen Kommunisten und Kapitalisten auch nach dem Krieg versprochen. Diese «Ereignisse» haben nicht bloss in ihrer schlichten Tatsächlichkeit ihre Wirkung auf die breiten Massen getan, sondern in der gross aufgemachten amerikanischen Propagandaeinkleidung. So konnte im Bürgertum die Stimmung einer unbesorgten Erwartung («so

schlimm kann es ja nicht werden!») und im sozialistischen Lager das einer freudigen Hoffnung auf das, was die siegreiche Sowjetunion Europa bringen wird, entstehen.

Zum Stimmungsmoment «Siegerstaat Sowjetunion» kam das des «Antifaschismus». In den demokratischen Ländern hatte man den Faschismus und den Nationalsozialismus mehrheitlich abgelehnt und von seinem Getue und seinen Ansprüchen sich abgestossen gefühlt. Je sicherer die Niederlage des Faschismus erschien, desto offener und stärker wurde die antifaschistische Stimmung. Antifaschismus war eine Art Verbrüderung zwischen Bürgern, Christen, Sozialisten und Kommunisten. Dem Faschismus waren Sozialisten und vor allem Kommunisten am meisten verhasst. Was aber der Feind, der gehasste, hasst, erscheint einem mit einer Gloriole. In der Résistance endlich haben Bürger, Christen, Sozialisten und Kommunisten Schulter an Schulter gekämpft. Konnte man da von der Nachkriegsordnung, wie ihr Gesellschaftsbild auch werden mochte, etwas anderes erwarten als freundschaftliches Zusammenschaffen am Aufbau des Friedens?

Ein weiteres Moment in der Kriegsend- und Nachkriegsstimmung war der «Antikapitalismus». Die Arbeiterschaft hatte in Gesinnung und Einsatz das ihre getan im Krieg gegen die faschistischen Angreifer, jetzt musste sie den verdienten Lohn erhalten. Umgekehrt musste die kapitalistische Profitwirtschaft den Vorwurf hören, zwei Weltkriege nicht verhindert, die Wirtschaftskrisen zwischen den zwei Kriegen zugelassen und Hitler in den Sattel gehoben zu haben. In Frankreich und den nordischen Staaten wurden die Nationalisierungen von sämtlichen Koalitionsparteien beschlossen und in Angriff genommen. Die britische Oberschicht zeigte sich bereit, Umwälzungen der Herrschaftsverhältnisse im Frieden hinzunehmen, weil ein ausgeprägter Volkswille dahinter stand. In einer solchen allgemeinen antikapitalistischen Stimmung konnten recht gut sozialistische Siegeserwartungen lebendig werden.

Zu alldem gesellte sich eine sozialistisch-kommunistische «Einheitsfrontstimmung». In der «Demokratischen Front» Albaniens, der «Nationalen Front» Jugoslawiens, der «Patriotischen Front» Bulgariens marschierten 1945 christliche Bauern, Sozialisten und Kommunisten gemeinsam. Die Kommunisten sassen überall in den Koalitionsregierungen und gebärdeten sich als nationale, ja nationalistische Arbeiterparteien. Was sie früher getan hatten, vor allem die frühere Oppositions- und Revolutionspolitik, wurde von den Kommunisten als «alles falsch» bezeichnet. Ihre Nachkriegsprogramme waren rein sozialreformerisch, vielfach zur Verwunderung oder gar zum Spott der Sozialisten. Ausdruck der Einheitsfrontstimmung wurde der neugeschaffene «Weltgewerkschaftsbund» und der «Weltbund demokratischer Jugend».

Unter solchen Stimmungen lässt sich die sozialistische Zuversicht auf Machtergreifung von damals gut verstehen. Am ruhigsten schienen sich die Schweizer Sozialdemokraten auf das Kommando vorbereitet zu haben, die schon Ende Dezember 1942 ihr Programm dafür, «Die neue Schweiz», vorbereitet hatten. Um die «Neue Schweiz» ist es wieder still geworden. Und um manches andere in den sozialistischen Bewegungen anderer Länder auch.

II. Nötigung zum Kampf für Freiheit und Demokratie

Bei Kriegsende hat der demokratische Sozialismus geglaubt, der Berufene der Stunde zu sein. Eine ge-

wisse Entsprechung war auch da. Die demokratische Welt hatte die faschistische und nationalsozialistische Diktatur niedergedrückt und zeigte keine Lust, dafür eine andere Diktatur einzutauschen: Die Menschen und Völker verlangten nach Freiheit und Demokratie, das war die eine Grundströmung der Zeit. Die harten Schläge gerade dieses unmenschlichen Krieges hatten eine Stimmung und ein Gefühl möglichen Entgegenkommens gegenüber den billigen Forderungen der Arbeiterschaft hervorgerufen: Sozialismus war Zeitgefühl und das war die andere Zeitströmung. Es lag somit etwas in der Luft, was auf den demokratischen Sozialismus mit seinen beiden Idealen, Freiheit und Sozialismus, hinwies. Auch die Kommunisten mit ihrer damaligen Einstellung auf Treue zu den demokratischen Institutionen, Zusammenarbeit mit andern Parteien und Sozialreform schienen aus einem Begreifen des Zeitgefühls heraus zu handeln.

Es kam aber schon bald ganz anders. Freiheit und Demokratie wurden bald und sind heute noch schwersten Angriffen ausgesetzt durch den Kommunismus. Gerade der Sozialismus musste zwei schwere Erfahrungen machen. Einmal, dass nicht von allen seinen Anhängern mit gleicher Selbstverständlichkeit und Entschiedenheit die Verteidigung der Freiheit der Demokratie geführt wurde. Ferner, dass die Verfolgung des Doppelzieles: Freiheit der Person und sozialistische Wirksamkeit, ein sehr schweres, ja von den geistigen Grundlagen des Marxismus aus wohl ein unmögliches Unternehmen ist.

Enttäuschungen

Es kam also bald die Reihe von Enttäuschungen. Aus den Ländern des europäischen Ostens machte Moskau nach und nach die heute ja völlig unter kommunistischer Diktatur stehenden Volksdemokratien. An der sozialistischen Konferenz in Clacton on Sea in England im Mai 1946 berichteten die sozialdemokratischen Delegierten aus dem Osten von ihrem schweren Ringen, nicht um die Demokratie zu erhalten, sondern um sie nicht ganz preiszugeben. Sie beschworen ihre Genossen aus dem Westen, ihnen deswegen nicht Verrat an der Demokratie vorzuwerfen und möglichst bald eine sozialistische Internationale wieder aufzurichten und ihr Bedeutung zu verschaffen, damit unter ihrem Schutz der demokratische Sozialismus im Osten sich halten könne. Was weiter kam, ist nur zu bekannt. Sozialdemokratische Delegierte aus Oststaaten erschienen nicht mehr an Konferenzen. Die Frage der Aufrichtung einer sozialistischen Internationale stand noch auf dem Programm der nächsten und übernächsten Konferenz, seither hat man nichts mehr davon gehört. Die sozialdemokratischen Parteien des Ostens haben im Kampf um Freiheit und Demokratie nicht stand gehalten, nicht standhalten können. Gruppen in diesen Parteien (Fierlinger!) sind sogar zu Verrätern der Demokratie geworden. — Im Westen wurde die Koalition mit den Kommunisten immer mehr unmöglich. Bevor noch die Kommunisten die ausschliessliche Moskau- und später Kominformpolitik trieben, ging ihnen über eine ehrliche Zusammenarbeit und über das Wohl der Arbeiter oder gar des Staates die Förderung der eigenen Parteiinteressen «mit allen Mitteln» und die Vorbereitung der Revolution, ganz im Sinne des freiheits- und demokratiefeindlichen russischen Kommunismus. Und Hand in Hand mit dieser destruktiven nationalen Politik der kommunistischen Länderparteien ging die völlig negative Veto-Politik der Sowjetunion in der UNO.

Auf diese Weise war aus dem erhofften Partner für eine friedliche Sozialisierung Europas wieder der er-

bitterte Gegner geworden, dem es nur darum ging, aus der sozialistischen Bewegung Anhänger zu gewinnen für die kommunistische Bewegung, kryptokommunistische Zellen innerhalb der Sozialdemokratie zu bilden und die wirtschaftliche und politische Lage für die kommunistische Revolution reif zu machen. Die Sowjetunion zeigte nur noch Interesse für Sozialisten, die sich restlos und vorbehaltlos in ihren Dienst stellten.

Der aufgezwungene Kampf

Der Sozialismus als Ganzes hat sich dem aufgezwungenen Kampf gestellt und seinen Willen für Freiheit und Demokratie unzweideutig unter Beweis gestellt; das muss gesagt werden. Allerdings nicht in allen Ländern mit der gleichen Klarheit und Entschiedenheit und darum auch mit verschiedenem Erfolg, auch wenn man von den Oststaaten, wo sich alles unter russischem Zwang vollzog, absieht.

In den freien demokratischen Ländern kann man vielleicht drei verschiedene Gruppen von sozialistischen Bewegungen in diesem Kampf unterscheiden.

1. Länder, die den russischen Kommunismus am eigenen Leib verspürt hatten, wie Finnland, Oesterreich und der deutsche Westen. Die Sozialdemokraten zeigten von vornherein wenig Vertrauen zur Sowjetunion und gegenüber den Kommunisten und sorgten sofort für einen sauberen Trennungstrich, als der Bolschewismus sein totalitäres Spiel begann. Sie hatten in persönlicher Erfahrung den Russen kennengelernt und wussten um die politische Freiheit und wirtschaftliche Lage des russischen Arbeiters. — Aus Erfahrung haben die finnischen Sozialdemokraten einen bewundernswerten Kampf gegen die Kommunisten geführt und nicht geruht, bis sämtliche Anhänger der Parteilinken die sozialdemokratischen Organisationen verlassen hatten. — Ähnliches gilt für Oesterreich, obwohl es die Heimat des radikalen Austromarxismus ist. Die Erfahrung gab eben Erkenntnisse und Kräfte, die aus dem Marxismus nicht zu holen waren. In der «Roten Revue» (III, 1949) berichtet Alfred Joachim Fischer von einer anti-russischen Erklärung des österreichischen Bundespräsidenten und sozialdemokratischen Parteiveteranen, Dr. Karl Renner, und sagt dazu, sie entspreche der Ansicht einer gewaltigen Bevölkerungsmehrheit von schätzungsweise mindestens 90 %. Die neu errichtete deutsche Sozialdemokratie hat von vornherein sich möglichst wenig auf marxistische Gedanken gestützt. Von der heutigen westdeutschen Sozialdemokratie sagt Anna Siemsen («Rote Revue», VI, 1949), sie sei «wahrscheinlich die disziplinierteste, loyalste, aber auch unrevolutionärste der Welt». Das ist wiederum nicht Trägheit, sondern aus Leid geborene Nüchternheit und erfahrungsreiche Weisheit. Beide Parteien, die österreichische und die westdeutsche, haben auch seit Kriegsende ihren Besitzstand im wesentlichen erhalten und sich vor Spaltung bewahrt.

2. Die zweite Gruppe ist die der sozialistischen Bewegungen auf ethischer Grundlage, also ohne Beschwerung durch die marxistischen Doktrinen vom Klassenkampf und vom historischen Materialismus, wie die der britischen Labourpartei und der norwegischen Sozialdemokratie. Sie wurden schon deswegen wenig berührt vom neuen Streit, weil von ihnen in den vergangenen Jahrzehnten keine Kommunisten im Lande grossgezogen worden waren. Ein Sozialismus auf einer allgemein gültigen ethischen Grundlage ist für die Aufrechterhaltung der individuellen Freiheiten und des demokratischen Volkslebens keine Gefahr. Er hat es gegenüber

der Bedrohung für Freiheit und Demokratie auch nicht schwer, eindeutig klare Stellungnahme und feste Haltung zu beziehen.

3. Unklarheit und Unentschiedenheit zeigten sich aber in der dritten Gruppe, in sozialistischen Bewegungen mit heute noch ausgeprägt *marxistischer* Grundlage, am deutlichsten im französischen und italienischen Sozialismus. In beiden Ländern trat sofort nach Kriegsende eine sehr starke sozialistische, aber auch eine noch stärkere kommunistische Bewegung auf, was zu einem elementaren Drang hin zur Verwirklichung des Sozialismus führte. Beide sozialistischen Bewegungen im Land hatten enge Fühlung miteinander, bekräftigt durch das gemeinsame Résistance-Erlebnis. Die französischen und italienischen Sozialisten besaßen wohl auch das Doppelideal der demokratischen Freiheit und des Sozialismus, aber welche Tendenz wird in einem kritischen Moment das Uebergewicht erhalten, die Freiheit oder der Sozialismus? In den Sozialdemokratien beider Länder entstanden parteilinke Bewegungen, die dem Sozialismus und Antikapitalismus die Ueberbetonung gaben. Die Sowjetrussen zeigten zwar kein Verständnis für Freiheit, aber sie waren nach dem Gefühl dieser Linksozialisten halt doch sozialistisch. Die Kommunisten entschieden sich wohl für den russischen Kommunismus, von dem auch die Parteilinke der Auffassung war, dass er die russische Arbeiterschaft nur kollektiv zur Führung in Staat und Wirtschaft gebracht, an der individuellen Stellung des Arbeiters im gesellschaftlichen Leben nichts geändert, sie der Freiheit nach sogar verschlechtert habe, aber in den Augen der Parteilinken bildeten die Kommunisten doch die antikapitalistische «Bruderpartei». — In der sozialdemokratischen Partei Italiens entwickelte sich der Zwiespalt so, dass die Parteilinke unter Nenni eine eigene Partei der prokommunistischen Volksfrontsozialisten bildete. — In der französischen Sozialdemokratie versuchte André Philip den Zwiespalt so zu überwinden, dass er den Sozialismus einfach als institutionelle Technik erklärte, dem es nur darauf ankäme, durch Sozialisierung der Schlüsselindustrie die staatliche Planwirtschaft und das Mitspracherecht der Arbeiter an der Führung der Staatsgeschäfte zu verwirklichen. Das war aber ein fauler Kompromiss. 1946 und 1947 sind sehr viele Sozialisten zu den Kommunisten abgewandert. Nicht genug, im Jahre 1948 sind nach einem Bericht vom Generalsekretär der französischen Sozialisten, Guy-Mollet (s. «Rote Revue», VIII, 1949), rund hunderttausend Mitglieder auch der Parteilinken ausgetreten. —

In kleineren sozialistischen Länderparteien zeigten sich ähnliche Erscheinungen, nur dass sie nicht so ins Gewicht fielen. Das gilt im Grunde auch vom schweizerischen Sozialismus, nur dass er dank der politischen Stellung der Eidgenossenschaft und der wirtschaftlich guten Lage des Landes bis jetzt davor bewahrt geblieben ist, klare Stellung beziehen zu müssen. Auch wenn man die Schrift «Der Weg der schweizerischen Sozialdemokratie», auf die wir in den weiteren Artikeln noch zu sprechen kommen müssen, nicht kennt, weiss man, dass es heute noch keine restlos eindeutige Haltung gibt. Es hat lange gedauert, bis überhaupt eine offizielle aussenpolitische Erklärung erfolgte; was verlautbar wurde, ist ein völlig unklarer Kompromiss zwischen Osten und Westen mit mehreren Einerseits und Andererseits. Die Gesinnung der grossen mehrheitlichen sozialistischen Gefolgschaft gegenüber Freiheit und Demokratie ist wünschbar klar und gut, die Haltung der Parteileitung und des Programms, die eben nicht darum herumkämen, dabei tiefer zu graben, ist es nicht.

Dilemma und Krise

Wir verstehen bereits, wie es infolge der durch den Kommunismus hervorgerufenen neuen Situation zu den eingangs genannten Diskussionen kommen musste. Innerhalb und ausserhalb des Sozialismus drängte sich die Frage auf, ob die Freiheitsfeindlichkeit des russischen Kommunismus die Folge (recht oder falschverstandener) marxistischer Prinzipien sei oder ein tartarisches Erbe und damit eine reinrussische Erscheinung. Besitzt der Sozialismus überhaupt die Grundlagen dazu, um beides, Freiheit der Person und Sozialisierung der Gesellschaft, in harmonischen Einklang zu bringen? Ist Wirtschaftsplanung vielleicht überhaupt nicht mit Demokratie zu vereinbaren? Bei den Auseinandersetzungen über diese Fragen geht es nicht um Polemiken von Sozialisten und Antisozialisten. Von Sozialisten und Nichtsozialisten wird um diese Fragen gerungen. Sozialisten sehen ihre eigene Bewegung gefährdet, wenn die Probleme nicht bis zum Grunde durchgedacht werden. Nichtsozialisten machen dieses Suchen ernsthaft mit, weil auch eigene Probleme dahinter stecken und weil ihnen das Schicksal demokratisch gesinnter Sozialisten und ihrer Bewegung nicht gleichgültig ist. Die sozialistische Bewegung ist eine Realität, die ernst genommen werden muss und angesichts der Zeitnot werden die Probleme, vor der er sich gestellt sieht, zu Problemen der ganzen verantwortungsbewussten Menschheit.

Was wird aus der evangelischen Kirche in Deutschland?

«Aufstieg oder Niedergang der Kirche?» hat vor einigen Jahren der inzwischen verewigte Kardinal-Erzbischof Suhard das Glanzstück seiner Hirtenbriefe betitelt. Es musste dieses Dokument katholischer Zuversicht von Frankreich seinen Ausgang nehmen, weil heute in keinem Land der Welt die Auseinandersetzung innerhalb der Kirche eine solche Lebendigkeit, solche Impulse und auch eine solche Bedrohlichkeit besitzt, wie gerade dort. «Frühlingsstürme» nennt das trotzdem der Oberhirt von Paris, und nicht das Krachen im Gebälk einer morsch gewordenen Kirche.

Wenn wir eine Parallele zu diesen Vorgängen in den protestantischen Kirchen suchen, müssen wir unsern

Blick nach Deutschland wenden, in dem unsere getrennten Brüder zurzeit eine innerkirchliche Krise durchstehen, der gegenüber der sogenannte Kirchenkampf unter der nationalsozialistischen Aera nach ihrem eigenen Urteil in den Schatten tritt. Eine Krise, die gewiss manchen angefaulten Balken in seiner Schwäche enthüllt, die vielleicht sogar bis in die Fundamente gewisse Fehler aufdeckt, die aber trotz aller unerfreulichen Begleitumstände, gesamthaft betrachtet, viel eher einem Aufbau als einem Abbruch, einem Aufstieg als einem Niedergang zu vergleichen ist.

Nicht um irenisch liebenswürdig zu scheinen fallen wir dieses Urteil, sondern weil das Kriterium echter

fruchtbringender Krise sich hier zu erfüllen scheint. Man ringt und streitet nicht aus Machthunger, Eigensinn oder irgend einer andern Spielart der natürlichen Ich-Sucht, wenn auch solche erbsündige Beweggründe da und dort mit im Spiele sein mögen – wo wäre dies anders, wenn Menschen miteinander streiten –, sondern aus echter Besinnung auf die eigene christliche Substanz, aus der von der hl. Schrift und von Christus gebotenen Metanoia mit einer Bereitschaft zur Selbstkritik und einem Lernwillen auch vom Gegner, der uns mit Bewunderung und vielleicht auch Beschämung erfüllen muss.

Diese Vorbemerkungen scheinen nötig, ehe wir nun den Faden der Geschichte in der Entwicklung der EKD wieder aufnehmen, den wir seit September 1948 in dieser Zeitschrift unbeachtet liegen liessen (siehe «Orientierung» 1948, Heft 16 und 17); wir haben nämlich zunächst von Ereignissen zu berichten, die einem mühsam verkleisterten Zerfall viel ähnlicher sehen als einem Aufbau.

Aeussere Entwicklungslinien

Schon gleich nach der Eisenacher gesamtdeutschen Kirchentagung vom 9. Juli 1948, dem Geburtstag der EKD (Evangelischen Kirche in Deutschland), war es allen Teilnehmern klar, dass man nichts Endgültiges, nichts Fertiges, vielmehr einen Notbau, «eine Baracke», um mit Landesbischof Wurm zu reden, statt einem «Dom» errichtet hatte, ein keinen der Beteiligten befriedigendes Mittelding von Einheitskirche und Kirchenbund; das sogar in seiner Notdürftigkeit ohne die Autorität Bischof Wurms und ohne seine beschwörenden Worte nicht zustande gekommen wäre. Dass nun alsbald zwischen den in der «Grundordnung» nicht bereinigten Gegensätzlichkeiten ein zähes Ringen um die Oberhand einsetzen werde, war zu erwarten.

1. Der Protest der Freisinnigen

Noch war die Grundordnung indes von den nicht weniger als 28 Landeskirchen zu ratifizieren. Mit Ausnahme von einer vollzogen alle diesen Akt des formellen Beitritts. Der eine Stein, der hier schon aus dem Gebäude herausfiel, – es handelt sich um die *Landeskirche von Bremen* – mag zahlenmässig (nur 48 Kirchgemeinden) bedeutungslos scheinen. Die Begründung des Nichtbeitritts ist aber symptomatisch: Bremen wird von der Aufklärung beherrscht. Das besagt, dass in sämtlichen anderen 27 evangelischen Landeskirchen die positive Richtung das entschiedene und eindeutige Uebergewicht besitzt. Ein erstaunliches Ergebnis, wenn man bedenkt, dass durch Jahrzehnte hindurch die deutschen Lehrstühle evangelischer Theologie vom Liberalismus beherrscht waren.

Freilich ausgestorben sind damit die freisinnigen Theologen noch nicht, wie die Gründung eines «*Deutschen Bundes für freies Christentum*» beweist. Religionsgeschichtlich orientierte Theologen wie Leese, Mensching, Bülck, Feigel sind hier die Wortführer. Auf ihrer Gründungstagung (Oktober 1948) richtete diese dem «*Weltbund für freies Christentum*» angeschlossene Gruppe ein «*ernstes Mahnwort an die heute verantwortlichen kirchlichen Stellen*», von theologischen und kirchlichen «*Absolutheitsansprüchen*» und von der «*Unduldsamkeit*» abzulassen; es wird Neuwahl der Synoden gefordert nach einem Wahlrecht, «*das die Gleichberechtigung aller Gemeindeglieder gewährleistet*»; der Eisenacher Grundordnung der EKD wird vor

allem in 4 Punkten widersprochen: 1. In der Gleichstellung des Alten und Neuen Testaments untereinander und mit dem Evangelium; 2. In der Wertung des Bekenntnisses als Norm für das Schriftverständnis; 3. In der Bezeichnung der altchristlichen Symbole als Glaubensgrundlage der EKD; 4. In der Wertung der Barmer Erklärung» (cf. EPD 1948, Nr. 40).

Mit dieser Gegnerschaft war von Anfang an zu rechnen, eine Versöhnung scheint nicht möglich. Man fährt auf zwei Geleisen, die sich nie treffen werden.

2. Der Siegeszug der Vereinigten lutherischen Kirchen (VELKD)

Zu einer weit ernsteren Zerreißprobe sollte man aber bald antreten müssen. Die erste Kirchenversammlung, die «*Synode*», die jährlich einmal nach den Statuten der Grundordnung zusammentritt, war fällig. Ein neuer Rat war zu wählen. Bischof Wurm, der greise Landesbischof von Württemberg und bisherige erste Vorsitzende des Rates, der grosse Vermittler und Ueberbrücker aller Gegensätze, war aus Altersrücksichten (er hat das 80. Lebensjahr erreicht) zurückgetreten. Vom Rücktritt Assmussens als Leiter der Kirchenkanzlei haben wir schon letztes Mal berichtet. Es war also zu erwarten, dass nunmehr das bruderrätliche Prinzip der bekennenden Kirche und das landeskirchenrätliche Prinzip des lutherischen Rates der VELKD (der vereinigten evangelisch-lutherischen Kirchen Deutschlands) gegeneinander in die Schranken treten würden. Kämpften die ersteren für eine Ueberwindung der konfessionellen Unterschiede des 16. Jahrhunderts im Rückgriff auf die hl. Schrift und die ersten Jahrhunderte des Christentums, um so zu einer wirklich einheitlichen Kirche zu werden, so vertraten die letzteren gerade umgekehrt das Prinzip der konfessionellen sauberen Trennung in verschiedene Kirchen, die in der EKD in einem blossen Bund, nicht aber in einer eigentlichen Kirche zusammengeschlossen wären. Beide Wege der Entwicklung waren nach der Eisenacher Grundordnung möglich. Von der Besetzung der führenden Stellen des Rates mit Vertretern der einen oder der andern Richtung schien es abzuhängen, nach welcher Seite sich die EKD, die Gesamtkirche, entfalten werde. Darin liegt die Bedeutung der Synode von Bethel-Bielefeld vom 8. Januar 1949.

An sich war zu erwarten, dass Niemöller, der Kirchenpräsident von Hessen-Nassau und zweite Vorsitzende des Rates der EKD an die freigewordene Stelle des ersten Vorsitzenden einfach nachrücken werde. Damit wäre das Haupt der Bekennenden Kirche zugleich die bedeutendste Persönlichkeit der EKD geworden. Das Ansehen, das Niemöller in der Oekumene geniesst, schien diese Lösung ebenfalls nahe zu legen, denn nur seinem persönlichen Ansehen war es, wie Dibelius erklärte, zu verdanken, dass mit ihm ein Deutscher in den zwölfköpfigen Exekutiv Ausschuss des Oekumenischen Rates aufgenommen wurde.

Trotzdem kam es anders. Den Mitgliedern der VELKD, die über mehr als ein Drittel der Stimmen verfügen, konnte eine solche Verstärkung der Position der Bekennenden Kirche nicht gefallen. Dazu kam, dass die Synodalen der Ostzone darum baten, zum Zeichen der Verbundenheit mit dem Schicksal der Brüder in diesem Gebiet einen der ihren in Vorschlag zu bringen. Bei der Abstimmung erhielt Dibelius, der Bischof von Berlin, vier Fünftel der Stimmen. (Berlin ist heute den unierten Kirchen zuzurechnen.)

Erstaunlicher ist, dass auch zum zweiten Vorsitzenden, der aus der Westzone genommen werden musste, nicht

Niemöller (der Vertreter einer ebenfalls unierten Kirche), sondern Bischof Lilje (der Leiter der Evangelisch-lutherischen Landeskirche Hannover, die der VELKD, d. h. dem Lutherblock, angeschlossen ist) gewählt wurde. Erst als 12. stieg Niemöller aus der Urne (so das «Schweizerische Reformierte Volksblatt») mit der geringsten Stimmenzahl (SEPO). Man kann sich nicht ganz des Eindrucks erwehren, dass in dieser Wahl ein gewisses Misstrauen gegenüber Niemöllers Person zum Ausdruck kam; wenn auch ein vermittelnder Vorschlag, demzufolge eine Art Triumvirat (Dibelius - Lilje - Niemöller, als Vertreter der unierten [?] - bekennenden-vereinigten Lutherischen Kirchen?) nur an der Hartnäckigkeit der Synodalen der Bekennenden Kirche scheiterte, die Niemöllers Wahl als positives Vertrauensvotum auch des Lutherischen Blockes aufgefasst wissen wollten.

Nehmen wir noch hinzu, dass die VELKD von den 6 durch Vertreter lutherischer Kirchen zu besetzenden Ratsthühlen 5 für sich beanspruchten und in der Wahl auch erhielten, und wir sehen, dass sich die VELKD in der EKD über alles Erwarten und gegen die Prognosen der meisten Vertreter der BK siegreich durchzusetzen vermochte. Ihr Einfluss ist ein beherrschender geworden, wenn wir ausserdem — den Ereignissen voreilend — beachten, dass später auch der Posten des Kanzleileiters der EKD von einem Vertreter der VELKD, Oberlandeskirchenrat Brunotte (der zugleich auch Leiter des lutherischen Kirchenamtes der VELKD ist) besetzt werden sollte. (Mai 1949.)

Es kann nicht geleugnet werden, dass der Verlauf dieser Synode, der dem Ringen und Ausdividieren der Posten in einem weltlichen Parlament nur allzu ähnlich sah, bei vielen Teilnehmern einen beklemmenden, wenn nicht niederschmetternden Eindruck hinterliess. War das die ganze Frucht des Kirchenkampfes, die brüderliche Einheit, die man unter der Bedrohung von Verfolgung und Gefängnis in Christo glaubte, ansatzweise wenigstens, gefunden zu haben? Drohte nicht so die Einheit ein klägliches Feigenblatt zur Verdeckung schmählicher Zerrissenheit zu werden? Und wo blieb die Erneuerung von Kirchenordnung und Sakrament, von gemeinsamem Bekenntnis nach aussen in die Räume der Welt, wo eine vertiefte Auffassung des Amtes, alles aus den Quellen der hl. Schrift geschöpft, die Reformatoren ergänzend und überholend, ihre Differenzen von Christus her überwindend? Von diesen Dingen, hatte man sich geträumt, werde auf den Synoden der EKD gesprochen werden, und nun schien alles in eine unfruchtbare und rein äusserliche Restauration der alten Bekenntnisse, in starre und längst überholte Formen der Vergangenheit gepresst zu werden. Dieser Stimmung der Synode gab Prof. H. Vogel zum Abschluss auch Ausdruck, indem er das Gleichnis vom unfruchtbaren Feigenbaum zur Verlesung brachte (Luk. 13, bf.):

«... Herr, lass ihn noch dieses Jahr...»

3. Nach der Synode von Bethel

Zunächst freilich ging der Siegeszug der VELKD äusserlich betrachtet weiter. Kurz nach der Synode von Bethel fand in Leipzig die erste Generalsynode der VELKD statt (25.-28. Januar). Der Münchener Landesbischof P. Meiser wurde zum Vorsitzenden mit Zweidrittel-Mehrheit reibungslos gewählt. Die Annahme eines einheitlichen Gesangbuches wurde einstimmig beschlossen; die Schaffung eines für alle Gliedkirchen gültigen Katechismustextes einhellig bejaht und gewisse liturgische Neuerungen in Aussicht gestellt. Einen Monat später ergänzte eine Bischofskonferenz der VELKD

diese Beschlüsse, ein gemeinsames Amtsblatt und eine gemeinsame Kirchenzeitung wurden ins Leben gerufen. Kurzum, im Gegensatz zur EKD schien hier wirklich eine einheitliche Kirche, mit gemeinsamer Lehre und einheitlicher Kirchenordnung über den Rahmen der einzelnen Landeskirchen hinaus Gestalt zu gewinnen. Kein Wunder, dass diese Ereignisse weiter dazu beitrugen, die EKD nur als losen Kirchenbund zu betrachten.

Freilich eine schmerzliche Wunde blieb die grosse Anzahl der unierten Kirchen mit zahlreichen Lutheranern (auch Niemöller gehört dazu), die nicht der VELKD beitraten und darüber hinaus die vier lutherischen Landeskirchen, die sich ebenfalls der VELKD nicht angeschlossen hatten, so dass es nunmehr 3 verschiedene Arten von Lutheranern gab. Aber auch hier waren den vereinigten lutherischen Kirchen Erfolge beschieden, indem Ende April die lutherischen Landeskirchen von Lübeck und Eutin ihren Beitritt zur VELKD beschlossen und die beiden restlichen (Württemberg und Oldenburg) wenigstens das Begehren stellten, bei den Generalsynoden und Bischofskonferenzen als Gäste teilnehmen zu dürfen, was ihnen auch gewährt wurde. Damit umfasst die VELKD heute 11 von den 13 evangelisch-lutherischen Landeskirchen.

Aber auch im gegnerischen Lager hatten sie Erfolge zu verzeichnen. Wir haben bereits gesehen, dass es ihr Bestreben war, eine möglichst klare Scheidung auf konfessioneller Grundlage herbeizuführen. Gedrängt wurde die VELKD übrigens zu diesem zähen Bemühen vom lutherischen Weltrat, der im oekumenischen Rat dasselbe Ziel verfolgte und dem die VELKD angeschlossen ist. Dementsprechend suchte man von dieser Seite die reformierten Calviner zu bewegen, ein gleiches zu tun und innerhalb der EKD eine ähnliche «Fraktion» zu bilden. Noch kurz nach der Betheler Synode (Anfang Februar) hatte der Reformiertenbund dieses Ansinnen scharf zurückgewiesen: «Das Moderamen ist der Ueberzeugung, dass eine solche Lösung keine Verheissung hat. Die Kirche baut sich nicht auf hergebrachten Bekenntnissen auf. Sie hat ihren Grund nicht in geschichtlichen Entscheidungen von Menschen..., denn einen andern Grund kann niemand legen ausser dem, welcher gelegt ist, Jesus Christus.» Neben diesen theologischen Gründen wurden die Reformierten gewiss auch durch rein machtpolitische Erwägungen zu solcher Stellungnahme gedrängt. Zahlenmässig stellen sie nämlich «eine verschwindende Minderheit innerhalb der EKD dar, die aber in allen Synoden und Verwaltungskörperschaften der unierten Landeskirchen, vor allem in der Bekennenden Kirche, einen bedeutenden Einfluss hat. Eine Isolierung der Reformierten würde sie um diesen Einfluss bringen» (Herder, Korrespondenz, März 1949). Das erdrückende Uebergewicht der VELKD in der Leitung der EKD drängte aber schliesslich die Reformierten so sehr in die Verteidigung, dass sie sich die Möglichkeit eines Austritts zu schaffen gedachten und im August 1949 die 122 reformierten Gemeinden von Nordwestdeutschland (rund 200,000 Seelen) nun doch zu einer eigenen «reformierten Kirche» mit eigenem Kirchenpräsidenten zusammenschlossen, die den Beschluss fasste, bis auf weiteres den Tagungen der Synode und der Kirchenführerkonferenz fern zu bleiben. Dieser Beschluss scheint allerdings durch eine Besprechung zwischen Delegierten des Rates der EKD und dem Landeskirchenvorstand der neuen reformierten Kirche in Nordwestdeutschland im Oktober wieder rückgängig gemacht worden zu sein und so bliebe einzig der Erfolg — allerdings ein Pyrrhussieg — der VELKD: die konfessionelle Aufspaltung.

Nicht zu ihrem Ziel kamen die Vereinigten lutherischen Kirchen allerdings, wenn sie gehofft hatten, in den unierten Kirchen einen Fischzug zu machen. Die neuen Kirchenordnungen der Evangelischen Kirche im Rheinland und in Westfalen, freilich beides noch unfertige Gebilde und die umfassende Grundordnung der Evang. Kirche in Berlin-Brandenburg wie auch die Ordnung der Evang. Kirche in Hessen und Nassau bleiben alle unierte Kirchen. Zusammenfassend aber kann die Herder-Korrespondenz (die weitaus beste und tiefgründigste Orientierungsquelle über die Entwicklung der evangelischen Kirche und Theologie in Deutschland, verglichen mit der zumal der evangelische Pressedienst der Schweiz dürftig und einseitig erscheint) zu diesen neuen Kirchenordnungen sagen: «Hinter diesen Verfassungen, die sich ihrer Vorläufigkeit bewusst sind, steht nicht mehr so sehr der Römerbrief, d. h. die Rechtfertigung allein aus dem Glauben, mit ihrem Minimal-

programm kirchlicher Ordnung nach Augustana VII., sondern auch der Epheserbrief, die Auferbauung des Leibes Christi aus der Anbetung und den Diensten der Gemeinde, das Verlangen nach der Fülle des Christus praesens» (H. K., August 1949). Wenn auch nur sehr ansatzweise, so beginnen hier doch Versuche, nicht in die alten Konfessionen zurückzufallen, sondern neue Wege, tiefer christliche Wege zu beschreiten und so die innere Schwäche, die der VELKD trotz ihrer äusseren Erfolge anhaftet, zu überwinden. Ueber diese innere Schwäche der VELKD und über die Ansätze zu neuer Besinnung muss nun noch eigens gehandelt werden. «Die Krisis ist da», schreibt im August dieses Jahres Wilhelm Niemöller, der Bruder des bekannten Niemöller. Dass es eine fruchtbare Krisis zu werden verspricht — «von der Wahrheitsfrage und vom Heiligen Geist» verursacht, wie die H. K. schreibt — werden wir noch zu zeigen versuchen. —

Freie und gelenkte Wirtschaft

I.

Dieses Problem ist und bleibt an der Tagesordnung in allen Staaten. Die durch den Krieg hervorgerufene Notwendigkeit der staatlichen Eingriffe in die Wirtschaft, die im Sinne der Kriegserfordernisse gelenkt werden musste, und der durch das Elend der Nachkriegszeit unerlässliche Zwang, diese Lenkung, wenn auch in anderer Form, weiter aufrecht zu erhalten, stiessen, im grossen und ganzen gesehen, auf keinen prinzipiellen Widerspruch. Auch der leidenschaftlichste Anhänger der freien Wirtschaft und Gegner jedes Staatsingriffes in diese, beugte sich vor den gegebenen Umständen, ohne damit von seinem Prinzip abzulassen.

Festgehalten aber muss werden, dass in beiden Fällen die staatlichen Eingriffe zwei völlig verschiedenen Motiven entsprangen: während des Krieges war es die Sicherung der nationalen Existenz schlechthin; nach dem Kriege war es das soziale Element, das entscheidend wurde, mit anderen Worten die Rettung der Staatsbürger, die, direkt oder indirekt, am meisten unter den Folgen des Krieges zu leiden hatten. Kein Staat, auch nicht der neutrale, konnte sich diesem Zwang entwinden, da keiner sich den Bedürfnissen und den Folgen dieses Weltkrieges entziehen konnte.

Ein anderer Aspekt des nämlichen Problems wird durch die Frage ersichtlich: «Wieso kam es, dass in den beiden genannten Perioden keine prinzipielle Kritik erhoben wurde, während in der nachfolgenden Periode des langsamen Gesundungsprozesses die Kritik an den Staatseingriffen in das wirtschaftliche Geschehen immer lebhafter wurde?» Diese Frage hat selbstverständlich nur für demokratische Staaten Gültigkeit, in denen der einzelne Bürger der staatsbildende Faktor ist. Die Antwort auf sie ist die folgende: Wo das Gemeinwohl sich ausserhalb jeder Politik eindeutig dokumentiert, d. h. wo sich nicht die geringste Meinungsverschiedenheit über das «ob» ergibt — was eine über das «wie» nicht ausschliesst —, wird der Staat zu jener lebendigen Wirklichkeit, die sich in dem Wort «Der Staat sind wir» dokumentiert. In diesem Falle handelt der Staat von innen nach aussen; sein seelischer Gehalt, die Nation, wird zum dominierenden und das sonst in Weltanschauungen und Parteien zerklüftete Volk wird in dieser Hochspannung aller seelischen Kräfte ein «einig Volk von Brüdern». Sowie aber diese seelische, oder nationale Spannung aufhört, was immer geschieht, wenn die Not und die Gefahr im Abebben begriffen sind, tritt der Alltag mit seinen Rechten — wir betonen «Rechten» — an ihre Stelle und damit die erneute Arbeit am Staat von aussen nach innen. Die politischen Parteien mit ihren verschiedenen Argumentationen sind dafür das notwendige Ausdrucksmittel.

Damit ist die Grundlage des heutigen Kampfes zwischen den Anhängern der freien und den der gelenkten Wirtschaft

erklärt, nicht aber geklärt. Die ersteren sind der Ueberzeugung, dass die Wohlfahrt der Allgemeinheit und die Freiheit des Unternehmers, kommunizierenden Röhren gleich, voneinander abhängen. Sie verweisen auf die unbestreitbare Tatsache, dass die moderne Wirtschaft gar nicht auf die Höhe unserer Zeit hätte gebracht werden können, ohne die Unternehmungslust tatkräftiger, intelligenter, zielbewusster Männer, die, kein Risiko scheuend, in der Wirtschaft jene Riesenenergien entwickelten, die man heute bewundert. Selbst die Gegner dieses Wirtschaftssystems, wie z. B. Jean Jaurès, der berühmte Führer der französischen Sozialisten, gab dies unumwunden zu. In seinem posthumen Werk «La dernière lutte», spricht er von jenen Bürgern, die zu dieser Entwicklung beitrugen, mit einer Begeisterung, die derjenigen eines Anhängers dieses Systems nicht nachsteht, wobei er noch darauf hinweist, dass die Arbeiterschaft auch nicht entfernt auf ihrer heutigen sozialen Stufe wäre ohne diese Pioniere vergangener Zeiten, ohne die Bildung, die alle, ohne Ausnahme, an den bürgerlichen Schulen erhielten, und ohne die Tatsache, dass eben nicht alle Unternehmer «Blutaussauger» waren.

Wie kommt es nun aber, dass selbst in hochkapitalistischen Ländern, wie z. B. Nordamerika, die Freiheit der Wirtschaft immer mehr eingengt und vom Staate «gelenkt» wird? Einige Beispiele:

Nach dem Gesetz vom Juli 1948 geben die Vereinigten Staaten für Subventionen an die Landwirtschaft schon jetzt 2,185 Milliarden Dollars aus zum Ankauf von Vorräten seitens der Commodity Credit Corporation. Diese Unterstützung bezieht sich nicht nur auf die Getreidesorten, sondern auch auf Tabak (155 Millionen), Baumwolle (670), Wolle (81) usw. Auf diese Weise werden bis Anfang 1950 an die vier Milliarden Dollars verausgabt sein. Gewiss: der Staat erhält dafür erhebliche Vorräte, aber da vor allem die Getreidesorten nur auf begrenzte Zeit gehortet werden können (ca. 2 Jahre) und da die Auslandsnachfrage erheblich und fortschreitend nachlässt, ganz abgesehen von der Konkurrenz anderer Lieferländer, kann der überwiegende Teil dieser Summen als verloren angesehen werden. Die Folge? Schärfste Kritik! Was den Sekretär der Regierung für Landwirtschaft veranlasste, einen neuen Plan auszuarbeiten, der jedem Landwirt ein festes Einkommen sichert durch Zahlung der Differenz zwischen dem von der Regierung garantierten Preis und dem effektiv erhaltenen. Der amerikanischen Landwirtschaft soll auf diese Weise ein Einkommen von ca. 26 Milliarden Dollars garantiert werden, d. h. ungefähr 9 Milliarden mehr, als im Jahre 1939. Die Kosten für den Staat werden auf jährlich ca. 4 Milliarden Dollars geschätzt. Selbstverständlich hat der Landwirt eine Gegenleistung zu erfüllen: ihm werden die Erhaltung des Bodens, die Verteilung der zu bebauenden Fläche, die Kontingente usw. vom Staat vorge-

schrieben, was verschiedene Republikaner veranlasste, von der «Einregimentierung des Landwirts» zu sprechen.

In England sehen wir das gleiche. Für Nahrungsmittelsubventionen wurden letztes Jahr 480 Millionen Pfund Sterling ausgegeben und weitere 100 Millionen für die Entwicklung der Landwirtschaft. Aber weiter: auf der Konferenz des Commonwealth wurde lange über die Anzahl der Jahre diskutiert, während welcher die englische Regierung bereit sei, den australischen und den neuseeländischen landwirtschaftlichen Produkten den Markt zu garantieren. Von der englischen Regierung wurden die Vertreter dieser beiden Kontinente dringendst gebeten, die Anbauflächen für diese Produkte zu vergrössern. — Auch in Frankreich betragen die Subventionen des Staates nach dem letzten Budget 113 Milliarden francs. Jede dieser Garantien wirkt als Fessel der freien Wirtschaft; anstatt des freien, ungehemmten Laufs, wird die Wirtschaft immer mehr kanalisiert und dies sowohl von innen, wie von aussen gesehen.

Aber die Subventionen sind nicht das einzige Mittel, durch die die Wirtschaft vom Staat gelenkt wird — die Steuern sind ein anderes. Durch die progressive Versteuerung werden die privaten Einkünfte neu verteilt, wodurch der Staat die Möglichkeit erhält, der Masse der Bevölkerung Vorteile zu verschaffen, die früher nur einer kleinen Minderheit zugutekamen. Auch die Subventionen gehören dazu, die den Lebensstandard einer oder mehrerer Schichten verbessern und sichern. Man denke ferner an die Kreditpolitik der Staatsbanken, die in sehr eindringlicher Weise den Gang der Wirtschaft beeinflussen können. Eine Staatsbank, die, berechtigt oder nicht, die Inflation begünstigt, legt damit dem Volke in verkleideter Form lediglich eine neue, die grausamste Steuer auf. Es war unter den obwaltenden Umständen für die Banque de France z. B. ausserordentlich schwierig, eine dem Lande nützliche Kreditpolitik zu verfolgen, da jeder Kredit, unter gewissen Gegebenheiten, eine doppelte Wirkung hat: er begünstigt die Aktivität, nährt aber auch die Inflation.

Was die Steuern anbetrifft, so ist dafür England wohl das klassischste Beispiel. Sein letztes Budget wies einen Bruttoüberschuss von 789,6 Millionen Pfund Sterling auf, mit dem die schwebende Staatsschuld auf 5897,4 Millionen zurückgeführt werden konnte. Wenn der Kanzler, Sir Stafford Cripps, bei der Vorlegung des neuen Budgets erklärte, dass die Neueinschätzung der Steuern für den Moment «ihre Rolle als Instrument der Neuverteilung der Einkünfte» erschöpft habe, so bedeutet das nichts anderes, als dass die grossen Vermögen und Einkünfte verteilt sind. Durch dieses drakonische Mittel, plus den Subventionen, die dieses Jahr «nur» 568 Millionen Pfund Sterling erreichen sollen, wird, ob man will, oder nicht, die Wirtschaft vom Staate gelenkt.

Man sage nicht leichthin, dass es sich hier um eine sozialistische Wirtschaftspolitik handle. Gewiss: sozialistische Ideen spielen darin eine grosse Rolle und da, wo es sich um die Nationalisierung oder halbdiktatorische Massnahmen handelte, war die Kritik der Gegner oft sehr scharf. Wenn man aber bedenkt, dass alle diese Massnahmen nur auf Grund des Staatsbudgets möglich waren, und dann aus den grossen liberalen und konservativen Zeitungen ersieht, wie sie den Kanzler ob seines politischen Mutes lobten, der ihn nicht zögern liess, durch finanzielle gesunde und notwendige Massnahmen sich unpopulär zu machen, dann ist es nicht zweifelhaft, dass der Staatsmann Cripps seine staatsmännischen Gegner zu überzeugen wusste.

Bei Nennung dieser wenigen Beispiele schwiegen wir absichtlich von der Währungspolitik der einzelnen Staaten, und anderen vorübergehenden Massnahmen. Normalere Verhältnisse, als die heutigen, werden da von selbst Remedur schaffen. Immerhin soll nicht vergessen werden, dass ein Hjalmar Schacht mit seinen dutzenden von Marktwerten, Osteuropa eroberte und einem Hitler die Möglichkeit gab, sein Rüstungsprogramm durchzuführen.

Tatsache bleibt, dass in fast allen Staaten die Wirtschaft sich nicht mehr ihrer völligen Freiheit erfreut und dass in irgendeiner Weise vom Staat «geplant» wird. Wo aber nach einem allgemein gültigen Plan verfahren wird, da wird bereits gelenkt und wo die Wirtschaft staatlich ganz, oder teilweise gelenkt wird, entsteht ein Zwang, der, konsequent verfolgt, zur Diktatur führt. Tatsache aber ist auch, dass in den

demokratischen Staaten das hervorstechendste Merkmal an dieser Planung, nicht ein wirtschaftliches, sondern ein soziales ist und die Nutzniesser fast ausschliesslich die — Schwachen sind!

II.

Kann trotz dieses Phänomens allgemeiner Natur die Freiheit des Unternehmers und damit der Wirtschaft noch in einem erträglichen Masse gerettet werden? Was hat uns der reine Wirtschaftler darauf zu sagen?

Die modernen Wirtschaftstheorien — namentlich seit Lord Keynes — postulieren, dass in einer Wirtschaft die Investitionen ständig auf einer erheblichen Höhe liegen müssen, will man Krisen vermeiden und durch eine florierende Wirtschaft den Lebensstandard der Allgemeinheit heben. Die wirtschaftliche Gesundheit könne nur erhalten werden, wenn 10—15 % des Nationaleinkommens neu investiert würden. Zwischen den beiden Weltkriegen betrugen die Investitionen in England 3 % — Frankreich baute sogar ab, was aus der Tatsache entnommen wurde, dass das französische Kapital 1939 kleiner war, als 1928. Im Gegensatz zu der früheren expansiven, kapitalistischen Wirtschaft, ist man heute der Ansicht, dass die Festigkeit und Gleichmässigkeit der kapitalistischen Gesellschaft wichtiger sei, als die Expansion. Auf Grund dieser Theorien erheben sich die Planungen — die also durchaus nicht sozialistischer Natur zu sein brauchen — sie allein könnten die Stabilität und die Regelmässigkeit verbürgen.

Angenommen diese neuen Gesichtspunkte seien völlig richtig, so scheint uns ein zweites Problem doch von wesentlicher Bedeutung für die wirtschaftliche Entwicklung und das Verhältnis des Staates zu ihr zu sein — wir meinen das soziale. Das soziale Problem heute vom wirtschaftlichen trennen zu wollen ist ebenso unmöglich, wie die Seele vom Körper zu scheiden. Es gibt keine Wirtschaft «an sich» mehr. Alle Theorien, wie die obigen, mögen noch so richtig sein, abgetrennt vom sozialen Problem werden sie falsch. Es ist die Seele jeder Wirtschaft, denn der Mensch wirtschaftet nicht um der Wirtschaft willen, oder um des Wohlbefindens einer hauchdünnen, bevorzugten Schicht, sondern um dasjenige der Allgemeinheit, kurz des Menschen schlechthin. Wenn heute der Mensch viel mehr im Mittelpunkt allen wirtschaftlichen Handelns steht, wie in jenen Zeiten, wo wir noch die 10-stündige Arbeit von Kindern kannten, wo der Arbeiter für jeden ihm gewährten Hungerlohn arbeiten musste, kurz wo die menschliche Arbeitskraft noch Ware war, so weil dem sozialen Gewissen durch die Macht einerseits und durch die Gewalt andererseits nachgeholfen wurde: durch die Macht der sich verteidigenden Arbeiter-Gewerkschaften und durch die Gewalt des Krieges mit ihrem nachfolgenden Elend. Folgt doch der Mensch leider nicht immer den moralischen Gesetzen und ihrer Pflicht, die aus ihnen fliessen, sondern er muss auch zu ihnen gezwungen werden. Nicht vergessen darf werden, dass die moderne Wirtschaft an die Intelligenz der Menschen viel grössere Anforderungen stellt und daher selbst der bescheidenste Arbeiter einen höheren Wert bekommt. Mit ihm aber steigt die äussere Menschenwürde und mit dieser wird die Erfüllung der Menschenrechte zur gebieterischen Notwendigkeit.

Wir stehen also hier vor einem der wichtigsten moralischen Probleme, was auch der Grund ist, warum das soziale, das auch moralischer und nicht nur materieller Natur ist, sich heute vor uns in seiner ganzen fordernden Grösse aufrichtet. Hier aber offenbart sich der grosse Fehler der Sozialisten, die in ihrem Kampf gegen die Auswüchse des kapitalistischen Systems und schliesslich gegen das System selbst, nur die materielle Seite des Problems sahen. Hier liegt auch ihr weiterer Fehler, dass sie immer mehr dazu neigen, die Wirtschaft vom Staate aus lenken zu wollen. Was sie übersehen ist, dass Wirtschaft nur dort ist, wo Menschen dahinter stehen. Nicht die Wirtschaft, sondern die Menschen müssen gelenkt werden; ohne sie bleibt jede Wirtschaft stehen, wie die Lokomotive ohne Führer. Menschen aber lassen sich auf zweierlei Arten lenken: entweder mit ihrem freiwilligen, eigenem Einverständnis, oder durch die Diktatur. Es ist daher nicht von ungefähr, dass die «Diktatur des Proletariats» am Anfang der sozialistischen Bewegung stand. In einem demokratischen Staat aber bedeutet das, dass eine Lenkung der Wirt-

schaft und eine Lösung des sozialen Problems nur auf dem Wege der Synthese zwischen den sich entgegenstehenden Auffassungen ermöglicht werden kann.

Wir kommen hier auf die allgemeine Billigung von Staatsingriffen in den Gang der Wirtschaft nach dem Kriege zurück. Und wieder betonen wir, dass diese Billigung erfolgte, weil sie sozialer Natur war! Weil aber das soziale Problem der seelische Kern des Wirtschaftlichen ist, wird auch die Wirtschaft, ob man will oder nicht, aus einem rein materiellen und technischen Problem zu einem moralischen. Fast immer übersehen die Wirtschaftstheoretiker diese Seite, wodurch ihre Theorien falsch werden. Wenn sie z. B. fordern, dass 10—15 % des Nationaleinkommens neu investiert werden müssten, um den Wirtschaftsablauf zu stabilisieren und Krisen zu vermeiden, so übersehen sie, dass diese Investitionen nicht den geringsten Wert haben, wenn nicht zuvor die berechtigten sozialen Forderungen erfüllt werden. Ist doch eine Wirtschaft um so krisenfester, je mehr zuvor in die hinter ihr stehenden Menschen «investiert» wurde und je weniger diese fürchten müssen, durch eine Krise sofort dem Elend preisgegeben zu sein.

Hierin aber liegt der Kernpunkt der zukünftigen Entwicklung und — der Rettung des Menschen und seiner Freiheit. Diese Lösung liegt nicht nur auf der technischen und nationalökonomischen Seite, sondern vor allem und jedem auf der moralischen, wodurch sie religiöser Natur wird. Gerade weil eine gerechte, menschliche, soziale Ordnung im Plan der Schöpfung liegt, gerade weil heute eine immer grösser werdende Anzahl von Unternehmern und Arbeitern einsehen, dass nicht die

Macht, sondern nur die soziale Gerechtigkeit einer Wirtschaft die ihr notwendige Stabilität geben kann, gerade weil der Mensch in der Wirtschaft immer mehr zu ihrem Mittelpunkt wird (alle Versuche wie der der Beteiligung, der Erhebung des Arbeiters zum gleichberechtigten Mitarbeiter, der genossenschaftlichen Zusammenarbeit usw. weisen in diese Richtung), gerade deswegen wird auch der Staat als solcher den Nachdruck irgend einer Lenkung auf das soziale Problem legen müssen. Ist die Seele der Wirtschaft, das Soziale, gesund, dann wird auch der Körper, nämlich die Wirtschaft selbst gesund. Hiervon hängt die Freiheit des Unternehmers, wie jeder Freiheit ab, die doch nur dann eine innere Berechtigung hat, wenn sie moralisch und damit religiös fundiert wird. Ohne diese Fundierung kann es nur Raubritter geben, die von jeher jede Ordnung mit Füßen traten. Weil dem aber so ist, dürfte es für den Unternehmer kein besseres Mittel geben seine Freiheit zu sichern, als dass er dem Staat zuvorkommt und sich nicht erst durch dessen soziale Gesetzgebung zwingen lässt, das zu tun, was seine Pflicht ist. Ist doch das Merkwürdige jeder Freiheit, dass sie nicht gegeben, noch genommen werden kann, sondern dass sie als innerer Besitz erungen werden muss. Auch das Problem der Masse hängt davon ab! Denn nur durch die soziale Sicherheit und die Verteidigung der Menschenwürde, wie der Menschenrechte kann die Masse aufgelöst werden, wodurch die Befreiung des wertvollsten und des stabilsten Faktors der Wirtschaft erfolgt — die, des Menschen.

Hans Schwann.

Ex urbe et orbe

Der Diktatur entgegen?

Während im Osten der russische Kommunismus mit Blut und Eisen seine Einheit schmiedet: der Budapester Prozess, Massenverhaftungen in Prag, 600 Verhaftungen einstiger bürgerlicher Parteimitglieder in Rumänien, Todesurteile gegen Fabrikleiter in Polen, die chinesischen Kommunisten in Sinkiang, der grössten Provinz Chinas (die eine gemeinsame Grenze mit Pakistan hat!) — oder je nach Bedarf auf der Flöte des Rattenfängers von Hameln spielt: der einstige «Alliierte» Generalissimus Stalin schickt an Wilhelm Pieck und Grotewohl ein Glückwunschsreiben zur Verbrüderung der beiden Völker (Sowjetrussland und Deutschland), die «im zweiten Weltkrieg die grössten Opfer bringen mussten» und die «in Europa am besten zur Vollbringung grosser Taten imstande sind»; während, kurz gesagt, im Osten ein Wille unheimlich folgerichtig und hemmungslos ein Ziel erstrebt, scheint der Westen ein Debattierklub, der nicht weiss, was er will, oder vielleicht auch nicht will, was er weiss. In USA, dem machtpolitischen Gegenspieler des Ostens, gibt es so etwas wie eine «Atombombendämmerung». Man hatte sich nur allzu sehr auf die Atombombe verlassen. «Heute legt man sich Rechenschaft darüber ab, dass eine grundlegende Aenderung des amerikanischen Rüstungsprogramms, gewaltige Steuererhöhungen und die Wiedereinrichtung von Kriegsmassnahmen, wie Preisregulierung und Rohstoffkontrollen, notwendig sein werden, wenn die USA ihre kompromisslose Politik gegenüber dem Osten fortsetzen wollen», schreibt der Washingtoner Korrespondent der «Tat». Ob die Öffentlichkeit in Amerika zu solchen Opfern bereit sein wird oder ob man nicht doch lieber den Weg des Kompromisses gehen wird? Heroische Opfer bringt man nur für eine Idee... oder unter dem Zwang eines Diktators.

In Frankreich spielt sich eine «Tragikomödie» ab, «die den ganzen Abgrund enthüllte, dem sich eine Volksversammlung in dem Augenblick nähert, wo sie die demokra-

tischen Spielregeln nicht mehr einzuhalten oder nicht mehr ernstzunehmen beginnt. Die Gefahr der Selbstvernichtung erscheint mit erschreckender Deutlichkeit... Der Politiker der starken Hand ist in solchen Fällen stets in der Nähe» schreibt der «Standpunkt». Die «Krise des Nichts» habe hier eingesetzt, meint K. v. S. in der «Weltwoche»; Frankreich sei heute «ein Land ohne Regierung (und daran wird auch eine neue Regierung kaum etwas Entscheidendes ändern können), wenigstens ohne Regierung, die wirklich mit Autorität im Namen des Landes sprechen kann». Ähnliches gelte von England und von Italien. Auch dort gebe es «keinen wahren Volkswillen, der wach und wollend hinter der Regierung steht.»

Man sollte solche Symptome sehr ernst nehmen, denn wenn auch in all diesen Ländern, den ehemaligen Grossmächten des Westens, heute die Demokratie Trumpf ist und sie sich eins fühlen in der Ablehnung jeglicher Diktatur, sei es von links oder von rechts, so gibt es doch Kräfte, die stärker sind als ein bloss negativer Wille der einzelnen. Mit Naturgewalt brechen sie über den Menschen herein und verschlingen ihn ohne Erbarmen. Es ist nicht von der Hand zu weisen, wollte jemand all diese Symptome dahin deuten, dass wir, wie angesogen von einer magischen Kraft, uns, wider Willen zwar, aber doch unheimlich sicher, Schritt für Schritt einem Zeitalter der Diktatoren nähern, dem gegenüber dann freilich die gestürzten Diktatoren nur lächerliche Zwerge wären. Anders ausgedrückt, wenn wir dem Totalitarismus nichts anderes entgegenzusetzen haben als einen atomisierten Individualismus, der nur aus Not und Angst, wo es eben anders «nicht geht» — so wird das Subsidiaritätsprinzip der Päpste sogar oft missverstanden — zu gemeinsamem Handeln entschlossen, ohne ein echtes Verständnis für wahre Gemeinschaft, so bereiten wir eben dadurch dem Diktator die Wege.

Um den Europarat

Das gilt auch von dem Strassburger Europarat. Es zweifelt ja niemand, dass eine solche Zusammenarbeit

heute notwendiger ist als je. Noch kürzlich hat Dr. Konrad Adenauer, der westdeutsche Ministerpräsident, erklärt: Angesichts der beiden grossen Mächte in der Welt bleibe Europa keine Chance, wenn es sich nicht derart verbündet, dass eine dritte Weltmacht entsteht, die notwendig für sein Gleichgewicht und fähig sei, den «massiven Drohungen von aussen» zu begegnen. «Wir brauchen einander» (Frankreich und Deutschland). Strassburg, die Hauptstadt der Europäischen Union, sei die Wiege einer neuen Verbindung, die nie aufhören dürfe («Die Tagespost»). Und der amerikanische demokratische Senator Pat Mc Carran, der Vorsitzende des «Rechts»-Ausschusses des US-Senats erklärte: sowohl Spanien als Westdeutschland sollten als vollberechtigte Mitglieder in jede künftige europäische Union aufgenommen werden. Spanien wegen seiner Bedeutung als «strategischer Stützpunkt» und Westdeutschland wegen der «unglaublichen Erfolge» der westdeutschen Industrie. Ausserdem habe Spanien immer «seine Schulden bezahlt».

Solche Erklärungen zeigen deutlich ein hoffnungsloses Nützlichkeitsdenken, das nur wirtschaftlichen und machtpolitischen Erwägungen zugänglich scheint: Gleichgewicht, massive Bedrohung von aussen, strategischer Stützpunkt, glänzender Arbeiter, treuer Schuldenbezahler, kurz «Wir brauchen einander» oder wir können doch einander gebrauchen. Vielleicht werden wir es noch erleben, dass auch Tito mitsamt seinem kommunistischen, totalitären Staatsgebilde in den Atlantikpakt und in den Europarat Aufnahme findet, als «strategischer Stützpunkt» oder als «geeigneter Handelspartner» vom Vorsitzenden eines «Rechts»ausschusses wärmstens empfohlen. Schon beginnt ja die Weltpresse alle seine Schandtaten zu verossen und die rückständigen Moralisten wird man in ihrer Naivität damit schachmatt setzen, dass man sie mit der Meldung überrascht, Erzbischof Stepinac sei aus dem Gefängnis entlassen. (CIP)

Gewiss, wir wissen sehr wohl, dass solche machtpolitische und wirtschaftliche Erwägungen ihr Gewicht, wir stehen nicht an zu sagen, ihr sehr berechtigtes Gewicht haben. Wogegen wir uns wenden, ist lediglich dies, dass man sie zum letztlich allein entscheidenden Faktor, zur eigentlichen Seele des Paktes, des Rates, der Union oder wie man den Zusammenschluss nennen mag, erhebt. Wir leugnen auch nicht, dass man oft viel bessere Töne als die eben genannten Stimmen vernehmen kann; oft sind sie aber reine Garnitur des Verbrüderungsmahles: Nur zum Anschauen, nicht zum Essen. Hin und wieder — auch das sei zugegeben — hat man den Eindruck, dass aus dem Bewusstsein echter Tradition und der Verantwortung für ein christliches Erbe von einzelnen gesprochen wird; aber es sind einzelne, nicht die gemeinsame Seele der Versammlung, die sich da zum Wort melden, und unsere Zeitungen — oft auch die katholischen Zeitungen — bringen ihre Worte in einer Linie mit jenen anderen, von denen wir eben gesprochen.

Was ist die Folge einer solchen Grundeinstellung? Sobald die strategischen Rücksichten dahinfliegen oder sich gar verkehren, sobald der Wirtschaftspartner kein Geschäft mehr verspricht oder sogar zum Konkurrenten wird, sobald die «Bedrohung von aussen» weicht oder nicht mehr als «massiv» erscheint, fällt das ganze Bündnis auseinander. Wohin das führt? Noch liegt Jalta nicht allzuweit zurück in der Geschichte. Die «Schweizerische Kirchenzeitung» brandmarkt in ihrer Nr. 40 vom 6. Oktober mit Recht diesen Vertrag, in dem von «christlichen» Staatsmännern «34 Millionen Christen» dem «wirklichen oder möglichen Ruin» ausgeliefert wurden, in dem «mit einem Federstrich die siebenhundertjährigen Mühen christlicher Missionare in China ausgewischt» wurden, in dem «drei

treue Verbündete: die Nationale Regierung von China, die rechtmässige Polenregierung und die Widerstandsbewegung in Jugoslawien» in einem halben Dutzend Paragraphen verraten wurden.

Verrät sich nicht eine ganz ähnliche Haltung hinter der Meldung, die von der «Neuen Zürcher Zeitung» (25. Oktober) unter der Ueberschrift: «Die entscheidende Sitzung des Europarates» zu lesen steht: Am 3. November treffen sich in Paris die Aussenminister der zehn Mitgliedstaaten des Europarates, um die Anträge der Beratenden Versammlung zu behandeln. Diese Anträge, in 8 Gruppen zusammengefasst, enthalten sehr weitgehende Forderungen: Aufnahme Oesterreichs, Deutschlands und des Saargebietes; engere Koordination der europäischen Wirtschaft; die Schaffung eines europäischen Kulturausschusses; Vorschläge zur Koordinierung der Sozialgesetzgebung; Schaffung einer europäischen Kommission für Menschenrechte, um nur einige Punkte zu nennen. Und zur Beratung dieser Vorschläge, die den einzelnen Regierungen weit vorausseilen, haben die Aussenminister nur einen Tag vorgesehen! Kann man deutlicher zum Ausdruck bringen, dass einem an der Vereinigung Europas eigentlich nichts gelegen ist? Wieviel guter Wille wird da wieder verraten!

«Wird Europa zu einer Verwaltungs- und Zollunion verängstigter Dollarschuldner werden oder zu einem geographischen Anhängsel der panasiatischen Sowjetrepubliken, oder wird es sich zu einer lebendigen organischen Einheit zurückfinden? Gerade wer aus dem zerrissenen Deutschland kommt, um dann auf eidgenössischem Boden einen Hauch des historischen Europas zu verspüren; dann Florenz wieder sieht, die Stadt Dantes, der wie kein anderer den ewigen Bund aller abendländischen Völker verkündet hat, und schliesslich nach Rom gelangt, der Mutter aller Nationen und Hüterin ihres gemeinsamen Erbes, kann an dieser grössten aller Schicksalsfragen nicht vorübergehen», schreibt Prinz Hubertus zu Loenstein, jetzt Professor an der Universität Heidelberg in einem sehr lesenswerten Leitartikel der «Tat» (22. Okt.). Er führt uns darin durch die Geschichte, angefangen vom Imperium Romanum zu der «auch geistigen Gemeinschaft der christlich gewordenen Menschheit». Etwas von dieser Konzeption, meint Loenstein, finden wir auch noch später in den Zeiten des Verfalls, auch in Kants «Zum ewigen Frieden». Aber wenig davon sieht er im «Strassburger Europaunternehmen». «Man kann Europa nicht aufbauen, als handle es sich um die Fusion bankrotter Einzelgeschäfte, deren Konkursmasse zur Finanzierung einer Aktiengesellschaft verwendet werden soll . . . Vor allem aber kann man Europa nicht aufbauen, wenn man sich scheut, den christlichen Namen auch nur zu nennen, und wenn man versäumt, die seit zweitausend Jahren wirkenden Geschichtskräfte, und ihre Leiber, die Völker, auf den Plan zu rufen. Vielleicht, dass also das Strassburger Kartell einige wirtschaftliche Vorteile und Reiseerleichterungen für den internationalen Touristenverkehr bringen wird. Eine geistige Kraft, die sich erfolgreich gegen den Anprall der nationalistischen Mächte und gegen die innere Zersetzung behaupten könnte, wird in Strassburg, einstmals Freie Reichsstadt, nicht gezeugt werden.»

Loenstein ist trotzdem nicht ganz pessimistisch: er lehnt die Möglichkeit eines Vereinigten Europas nicht rundweg ab. Er verweist auf das Beispiel der Eidgenossenschaft und glaubt auch in anderen Ländern Ansätze zu finden «für die kommende grössere Gemeinschaft», die wachsen muss «auf ihrem (der einzelnen Länder) Boden, kraft uralter Tradition». Er führt dafür

eigene Erlebnisse an in Italien, Deutschland und Frankreich; es wachse in Italien das Verständnis für das «Impero» als Dienst, in Deutschland erwache das Wort vom «Reich» als heiliges Bündnis und in Frankreich der Begriff vom «karolingischen Erbe».

Bedeutsam ist dieser Artikel deshalb, weil er, wie uns scheint, richtig erkennt, dass zu einem einheitlichen Europa beides erforderlich ist: Der christliche Geist — aber nicht irgendwo im luftleeren Raum — sondern in seiner geschichtlichen Ausprägung und Gestaltwerdung in den einzelnen Völkern. Erst beides zusammen kann Europa geben. Das erste übersehen oder wollen übersehen, die Männer, die heute regieren — das zweite vergessen gar oft die Prediger des Christentums.

Buchbesprechungen

Eberle Josef, König Franz, Die Bibel im Lichte der Weltliteratur und Weltgeschichte. Verlag Herder, Wien 1949. 320 Seiten.

Dr. Josef Eberle, bekannt als Gründer und langjähriger Redaktor der «Schönen Zukunft», hat bei seiner Abführung ins Gefängnis durch die Nationalsozialisten als einziges Buch die Bibel mitgenommen. Als Ergebnis der Studien und Meditationen in seiner erzwungenen Musse hat er dann nach der Entlassung, bis zu seinem Tod, an einem Werk über die Bibel gearbeitet, das nun durch einen seiner Mitarbeiter, Dr. Franz König, veröffentlicht worden ist. Einstweilen ist nur der erste Band über das Alte Testament erschienen. Ein zweiter Band wird in gleicher Weise das Neue Testament behandeln.

Das Buch bietet ein Zweifaches. Einmal die Erwägungen, die Dr. Eberle persönlich über die Bibel anstellt. Nach einem Leben, das Jahrzehnte hindurch sich mit allen Fragen der Öffentlichkeit befasst, tiefe Einblicke in Verhältnisse, Bestrebungen, in Höhen und Tiefen des Lebens getan hat, mündet in diesen Erwägungen alles in ehrfürchtiger und staunender Bewunderung der Weisheit, die im Buch der Bücher enthalten ist. Es ist erstaunlich, dass ein Laie so viel über die Hl. Schrift weiss. Er verfügt über Kenntnisse, die manchen Priester beschämen dürften.

Das Zweite sind eine Menge von Zitaten, die jeweils den einzelnen Kapiteln beigegeben sind. Diese Belegtexte wollen zeigen, dass Künstler, Staatsmänner, Wissenschaftler verschiedenster Weltanschauung, Nationalität und Herkunft einig sind in der Huldigung an die Grösse und Bedeutung der Hl. Schrift.

Ein grosses Material ist hier zusammengetragen und kann mithelfen, die Hochschätzung der Bibel in weitere Kreise zu tragen.

Trotz aller Anerkennung müssen ein paar Schönheitsfehler namhaft gemacht werden. Einmal verteidigt Dr. Eberle Positionen, die man weder verteidigen kann, noch verteidigen muss. Auch ist er da und dort nicht auf der Höhe katholischer Forschungsarbeit, etwa in Fragen über das Alter der Menschheit, die Lebensjahre der Patriarchen, die Komposition des Buches Jesajas, das historische Urteil über Daniel. Die geschichtlichen Angaben sind nicht immer richtig. Das Kapitel über das Judentum ist doch wohl zu einseitig negativ geschrieben. Bei den Zitaten sind neben wichtigen und bedeutsamen Namen doch auch Namen genannt, deren Urteil über die Bibel uns nicht viel sagt. So etwa Hänel (298), Scherr (278), Wolfgang Menzel (278), Wünsche (229). Auch Karl Jentsch kommt allzu häufig zu Worte.

Aber das sind Dinge, die den Wert des gesamten Buches nicht wesentlich beeinträchtigen. Es ist erfreulich, dass ein Laie ein solches Werk zum Lobe der Bibel geschrieben hat. Es verdient Interesse und Verbreitung.

Willms Bernhard Dr.: Gott unter Göttern. Ein Kompendium der Religionsgeschichte. Verlag Ferdinand Schöningh, Paderborn, 1949.

Diese kurze Religionsgeschichte will dem gebildeten Christen die Kenntnis der verschiedenen Weltreligionen vermitteln. An Lehrbüchern dieser Art haben die deutschen Katholiken im Gegensatz zu den Evangelischen keinen Ueberfluss. A. Anwenders «Religionen der Menschheit» entspricht weniger den Ansprüchen eines breiteren Publikums, abgesehen davon, dass das Buch kostspielig ist. Das gleiche gilt von der «Allgemeinen Religionsgeschichte» von A. Michelišch. Otto Karrers grundsätzliche Aus-

führungen über «Das Religiöse in der Menschheit und das Christentum» rechnet der Verfasser nicht zu den Lehrbüchern der allgemeinen Religionsgeschichte. Auch die protestantischen Werke von J. Richter, von C. von Orelli und Wurm/Blum-Ernst sind aus genannten Gründen nicht allen zugänglich. Willms Kompendium stützt sich auf ernste wissenschaftliche Werke und gibt in allgemeinverständlicher Darstellung in konziser Form die gesicherten Ergebnisse religionsgeschichtlicher Forschung.

Statt vieler apologetischer Beweise für die Gottheit Christi (im Kapitel «Der Quellpunkt der christlichen Religion») hätte man es lieber gesehen, wenn die Absolutheit des Christentums gegenüber den andern Religionen mehr herausgehoben wäre. «Alle Religionen», bemerkt einmal Söderblom, «bieten die Möglichkeit, Christus irgendwo in die Reihe der relativen Grössen ihres Glaubens einzuordnen. Gegenüber allen derartigen Möglichkeiten behauptet das Christentum, dass es allein die absolute Wahrheit besitzt.» Das Christentum steht nicht in der Reihe der Religionen, als die nur bessere und vollkommene. Es gibt viele Aeusserungen Gottes, aber es gibt nur ein Wort Gottes. Jesus Christus ist dieses einzige Wort Gottes. Das Christentum lebt von dieser unerhörten, den Heiden immer wieder verrückt erscheinenden Behauptung, dass der «stumme» Gott ein einziges Mal gesprochen habe. In der Formel: «Unser Herr Jesus Christus», so hat selbst der liberale J. Weiss zugestanden, «ist die urchristliche Religion im Kerne enthalten.» Christus ist eben Fundament und Eckstein unserer Religion. Er ist der Mittler, die Brücke von der Menschheit zum Vater. Wer sich durch das lichtlose Dickicht der ausserchristlichen Religionsformen durchgearbeitet hat, der dankt Gott für die grosse Gnade des Christentums, ein Gedanke, der sich beim Lesen dieses Büchleins geradezu aufdrängt.

J. G.

Hengstenberg, H. E.: Das Band zwischen Gott und Schöpfung. Regensburg, 1948. 202 Seiten.

Immer stärker scheint sich bei denkenden Christen das tiefe Bedürfnis zu melden, Philosophie und Theologie nicht nebeneinander stehen zu lassen, sondern ihr wahres und fruchtbares Ineinander gefasst und ausgewertet zu sehen, also endlich einmal einer durch- und ausgeführten Synthese von Philosophie und Theologie zu begegnen. Was P. Przywara in seiner «Analogia entis» erarbeitet, nämlich die Einheit von philosophischer und theologischer Metaphysik, die er freilich nur nach ihrer rein formalen Struktur entwirft, das nimmt nun Hengstenberg nach der inhaltlichen Seite in Angriff, will dabei aber zugleich die Analogie des Seins von der trinitarischen Analogie her verstehen und aufhellen. Denn auch im Bereich der Schöpfung, sofern man ihn vom Bereich der eigentlichen Uebernatur abheben muss, wirkt sich die Dreifaltigkeit der göttlichen Personen aus: hat der offenbare, gelebte Bezug auf die Trinitas seine Stelle erst in der Ordnung der Uebernatur, so ist doch gleicherweise wahr, dass es Natur, Schöpfung, nicht gibt ohne tatsächliches Ergriffen- und Umgriffensein durch Uebernatur.

Spuren, Gleichnisse der Trinitas in Seele und Welt deuten unübersehbar darauf hin, dass eine gedankliche Ergründung der Schöpfung vom Hinblick auf den dreifaltigen Gott geleitet sein, also die geschehene Offenbarung und Begnadung einbeziehen müsse. Hengstenberg findet die vollgültige Analogie der Geschöpfe zu Gott in der Entsprechung der Dreigestalt von Dasein, Wesen und Existenz zur Dreiheit der Personen in Gott. Die Dreieinheit von Dasein, Wesen und Existenz im geschöpflich Seienden ist Hengstenbergs eigenste These und Theorie, die modernstes naturwissenschaftliches Material einzubauen sucht und zweifellos einen kühnen Vorstoss bedeutet, wenn sie auch auf Evidenz keinen Anspruch erheben darf und wohl Widerspruch erfahren wird.

Wenn Hengstenberg die Möglichkeit bestreitet, von der Analogie des Seins aus eine gefüllte Bestimmung des Gott-Geschöpf-Verhältnisses zu erreichen, dann rührt das wohl z. T. von einer Unterbewertung der Seinsidee her; er spricht, verräterisch genug, von der «statischen Verbalform Sein»; und doch birgt gerade die Seinsidee, wie der hl. Thomas sie über Plato und Aristoteles hinaus entfaltet, einen wahren Reichtum von ganzheitlich gefügter Gestalt und Spannungsmächtigkeit in sich. Und sollte Hengstenberg nicht weiterhin bedenken, dass von

einer echten trinitarischen «Analogie», wenn man dem Begriff den ursprünglichen philosophischen Sinn belässt, schwerlich die Rede sein könne? Analogie verlangt (es geht hier um die eigentliche innere Analogie, wie die des Seins) wesentlich mehr, als was «Spuren» der Trinität, vestigia Trinitatis, zu geben vermögen. Den entscheidenden Unterschied zwischen «analogia» und «vestigium» wird Hengstenberg nicht gewahr.

Aber die Anstrengung, trinitarisch zu denken, trägt eine bedeutsame Frucht: die personalen Kategorien im Verhältnis von Schöpfer und Geschöpf, schon und grundlegend im Akt der Schöpfung, treten schärfer hervor. Schöpfung ist «Ruf» aus dem Nichts, und die geschöpfliche Wirklichkeit ist Ant-Wort. In dieser Richtung personalen Verständnisses der Existenz liegt ganz gewiss eine grosse zukünftige Aufgabe der Philosophie und philosophischen Theologie.

H. O.

Herausgeber: Apologetisches Institut des Schweizerischen katholischen Volksvereins, Zürich 1, Auf der Mauer 13, Tel. (051) 28 54 58 Postcheckkonto VIII 27842.

Inseraten-Annahme: Administration «Orientierung», Zürich 1, Auf der Mauer 13, Tel. (051) 28 54 58, Postcheckkonto VIII 27842.

Abonnementspreise: Schweiz: Jährlich Fr. 9.80; halbjährl. 5.—. Einzahlungen auf Postcheckkonto VIII 27842. — Luxemburg-Belgien: Jährlich Lfr. 125.—; halbjährlich Lfr. 65.—. Einzahlungen an Central du Livre Clees-Meunier, 15, rue Elisabeth, Luxembourg, Postcheckkonto 5390. — Deutschland-Oesterreich vorläufig noch alle Konti gesperrt. — Dänemark: jährlich Kr. 12.50, Einzahlungen an P. Jos. Stäublin, Ryesgade 26, Aarhus.

Kathol. Heime Oberengadin	Celerina	bei St. Moritz 1730 m ü. M.
Schülerheim Albris Tel. 3 40 86 Knaben von 6—16 Jahren	La Margna	Tel. 3 33 52 Knaben bis 6, Mädchen bis 14 Jahre
Primar- und Sekundarschule		
Indikationen: Asthma, Bronchitis, Drüsenerkrankungen, Blutarmut, Ermüdungszustände, Nervosität, Rekon- valeszenz.		
Hausarzt, dipl. Schwester, Krankenkassen Nähere Auskunft durch die Leitungen der Häuser.		

BURCH — KORRODI

JUWELIER SWB BAHNHOFSTRASSE 44 ZÜRICH TEL 23 72 43

Schmuck - Tafelsilber - kirchl. Geräte

Wir kaufen Bibliotheken und Remittenden (Relig., Philos.,
Bücher Psychol., Klass. Lit., etc.) **Antiquariat J. Müller**
Limmatquai 52, Zch 1, vis-à-vis Rathaus Tel. 324716

KATHOLISCHER DIGEST

AN ALLEN KIOSKEN

Jahresab. Fr. 12.—
Generalvertrieb:
A. GUILLET
Schaffhausen Pf. 287

Deutsch - Französisch - Englisch - Ital. à Fr. 1.50

PHILOSOPHIA LOVANIENSIS

GRUNDRISS DER PHILOSOPHIE IN EINZELDARSTELLUNGEN
HERAUSGEGEBEN VON PROFESSOREN DES INSTITUT SUPERIEUR
DE PHILOSOPHIE AN DER UNIVERSITÄT LÖWEN

DEUTSCHE AUSGABE BESORGT VON DR. P. MAXIMILIAN ROESLE

Mit dieser Reihe will das Löwener Institut der philosophisch interessierten Öffentlichkeit die Grundlinien eines modernen philosophischen Systems aufzeigen. Die neuesten Ergebnisse philosophiegeschichtlicher Untersuchungen, die Einbeziehung philosophischer und einzelwissenschaftlicher Forschung, ferner die bedeutenden systematischen Fortschritte der neoscholastischen Bewegung sind hier zu einer zeitaufgeschlossenen Synthese vereinigt. Die deutsche Ausgabe umfasst sieben Bände: 1. Einführung in die Philosophie, 2. Erkenntnislehre, 3. Logik, 4. Ontologie, 5. Philosophische Wissenschaftskritik und Kosmologie, 6. Philosophische Psychologie, 7. Ethik. Als erster Band ist soeben erschienen:

LOUIS DE RAEYMAEKER
EINFÜHRUNG IN DIE PHILOSOPHIE

Ins Deutsche übertragen von Dr. E. Wetzel
336 Seiten. Format 14 x 22 cm. Leinen gebunden Fr. 17.50

De Raeymaekers Buch besteht aus drei Teilen, und jeder von ihnen scheint mir ausgezeichnet zu sein. Der erste gibt dem Anfänger einen wertvollen Einblick in das Wesen der Philosophie und zwar so gut, dass ich nichts Besseres dieser Art kenne; der zweite besteht aus einer Uebersicht der Geschichte der Philosophie; der dritte ist endlich eine sehr brauchbare bibliographische und arbeitstechnische Einführung in das ganze Gebiet.

Ich wage deshalb dieses Buch als eine didaktische Höchstleistung der Philosophie unserer Zeit zu kennzeichnen...

I. M. Bochenski o. ö. Professor an der Universität Fribourg

Verlangen Sie den ausführlichen Sonderprospekt mit den Besprechungen des Werkes durch Prof. Heinrich Barth, Prof. Alois Dempf, Prof. René le Senne, Prof. F. J. von Rintelen und Prof. Alois Wenzl

BENZIGER VERLAG EINSIEDELN, ZÜRICH, KÖLN